

ein Calw  
bruar, nachm.  
er die  
lung  
nd.  
ron der Würt.  
wirtschaftliche  
mrig von der  
Stuttgart über:  
tung".  
der Landesge-  
n Gemeindefant-

Ercheinungsweise:  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage  
Anzeigenpreis:  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige  
Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag  
Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden  
Gerichtstand  
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld  
Schluß der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags  
In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises  
Fernsprecher Nr. 9  
Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 25

Montag, den 1. Februar 1932

Jahrgang 104

## Wirtschaft und Politik im Jahre 1932

### Reichsarbeitsminister Stegerwald gibt eine Vorschau der Zukunftsaussichten

U. Eriar, 1. Febr. Auf einer Zentrumstagung in Eriar sprach am Sonntag Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Er gab einen Überblick über die wirtschaftlichen und politischen Aussichten des entscheidenden Jahres 1932, das für alle noch harte Entbehrungen bringen werde. Die Tatsache des Volkes ohne Raum sei in Deutschland durch den Friedensvertrag noch verschlechtert worden und die Konjunktur-entwicklung bis 1929 habe die Interessengegenstände nicht ausgeglichen, sondern ausgeweitet. Die Wirtschaft habe sich in allem zu stark übernommen und gleichzeitig sei der Staat mit so viel Ausgaben an sozialen Leistungen, Reparationen usw. belastet worden, wie seine 21 Millionen Arbeiter an Gehältern und Löhnen in Deutschland verdient haben. Kein Mensch könne aber dauernd mehr ausgeben als eingenommen werde. Deutschland habe seinen wirtschaftlichen Verlust mit ausländischen Geldern abgedeckt. Ein verarmtes Land müsse billig sein. Deutschland aber zähle seit Jahren zu den teuersten Ländern der Welt. Der seit Jahren laufende Schrumpfungszug werde 1932 noch weiter gehen, da die Welt sich noch nicht zu einem energischen Vorgehen gegen die Wirtschaftskrise habe zusammenfinden können. Um die Wiederherstellung der Weltvertrauensbasis werde im Augenblick stark gerungen. Um eine baldige Regelung des Reparationsstreitfalles herbeizuführen, verlange Deutschland den alsbaldigen Zusammentritt der nicht zustande gekommenen Lausanner Konferenz.

Die augenblickliche Lage wird von der Frage beherrscht, ob eine neue Weltordnung auf Grund von Rüstungen und Gewalt herrschen, oder auf Grund von Verträgen und Zusammenarbeit hergestellt werden könne. Wenn die verantwortlichen Leiter der Weltpolitik nicht bald eine Grundlage des Weltvertrauens herstellen, dann wird die Tatsache der Krisis noch lange nicht erreicht sein und eine weitere Verarmung der Welt herbeigeführt, die dann in das Zeitalter der Tauchgeschäfte zurückfallen würde. Deutschland sei für diesen entscheidenden Kampf viel besser gerüstet als andere Länder, deren Schwierigkeiten ebenso zu einer allgemeinen Lösung drängten.

Ausgehend von der Notwendigkeit einer Sicherung der Währung behandelte Dr. Stegerwald weiter die Schwierigkeiten des Finanzwesens, die in Deutschland keine Reserven kenne. Vor der Notverordnung waren für 1931 1 Milliarde und für 1932 2 Milliarden Fehlbetrag zu erwarten. Da neue Steuern zur Ausbalancierung des Haushalts nicht möglich gewesen seien, habe zu einer Beschränkung der Personalausgaben geschritten werden müssen. Wenn die Drosselung der Personalausgaben nicht schon vor Jahresfrist eingeleitet hätte, hätten heute die Beamten nur noch 30 bis 50 Prozent der früheren Bezüge zu erwarten. Von neuen Gehaltsabzügen könne keine Rede sein. Auch an dem Gerücht von einer Entwertung der Reichsmark auf 80 Pf. sei kein wahres Wort, da die Regierung dem Volke eine zweite Inflation nicht zumuten werde.

Der Minister wandte sich sehr scharf gegen die Verfehlungen der letzten Zeit in der Privatwirtschaft (Kavag, Nordwolle, Schultheiß-Patenhofer usw.), bekannte sich aber durchaus zu dem Gedanken der Privatwirtschaft, die allerdings auch allein das Risiko ihrer Erzeugungskosten trage und sich von ungesunden Preisbindungen befreien müsse. Hierbei sollten die mittleren selbständigen Betriebe, die auch jetzt schon wieder vom Auslande Kredite angeboten erhalten, gefördert werden, und nicht allein Groß- oder Mammutbetriebe. Es wird auch anstelle des Großbankens- und Filialsystems der mittlere Bankier treten müssen, der die Kreditgewährung viel leichter und verantwortungsbewusster übersehen kann. Gleichzeitig wird auch ein stärkerer Austausch zwischen Staat und Ländern und eine baldige Verwaltungsreform angestrebt werden müssen. Ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm scheltete vorläufig noch an mehreren Gründen, die in dem Fehlen von Steuerquellen, der Unmöglichkeit weiterer Auslandskredite und einer inneren Anleihe begründet seien. Stegerwald schloß: „National bewusster Wille, Abkehr von Volkstrennung, Wapp eines verfassungstreuen Reichspräsidenten, sowie endliche Sicherung der Ernährung des Volkes“, seien die Forderungen der Stunde.

## Chinesischer Widerstand in Schanghai

### Erbitterte Kämpfe gegen die vordringenden Japaner — Schaffung einer neutralen Zone in Schanghai? — Amerika macht die Manila-Flotte mobil

U. London, 1. Febr. Der Zentralkongress der Kuomintang, unter deren Kontrolle gemäß der chinesischen Verfassung die chinesische Regierung steht, hat beschlossen, Krieg gegen Japan zu führen. Die Regierung hat sich jedoch diesem Beschluß nicht angeschlossen. Zukünftige Stellen in Tokio bezeichnen die Meldung, daß China Kriegabsichten habe, als lächerlich. Japan würde eine Kriegserklärung einfach ignorieren und würde nicht zum Krieg gegen China schreiten, aber es würde die notwendigen Strafmaßnahmen ergreifen, um seine Rechte durchzusetzen.

#### Erbitterte Gefechte in Schanghai

In Schanghai entspannen sich am Sonntag an mehreren Stellen der internationalen Niederlassung erbitterte Gefechte zwischen Japanern und chinesischen Scharfschützen, die sich zum Teil in nächster Nähe des englischen Konsulats abspielten. Durch abirrende Kugeln wurden mehrere Zivilpersonen verwundet. In Schanghai haben die Chinesen die Japaner erfolgreich angegriffen und sie teilweise aus dem Stadtteil verdrängt. Die Chinesen kämpften mit großer Entschlossenheit. Die Verluste auf beiden Seiten sind angeblich sehr hoch.

Trotz mehrfacher japanischer Gegenangriffe haben die chinesischen Truppen den Nordbahnhof und den größten Teil von Schanghai gehalten. Die japanischen Verluste werden auf 200 Tote und die chinesischen mindestens auf 600 Tote und weit über 800 Verwundete beziffert. Die Japaner, die auf weitere Verstärkungen warten, haben sich auf eine geeignete Stellung zurückgezogen. Unter dem Vorwand, daß chinesische Scharfschützen in einem Hotel im nördlichen Teil der Fremdenniederlassung geschossen hätten, forderten die Japaner die Hotelgäste zum Verlassen des Gebäudes auf und steckten dieses mit Petroleum in Brand.

Im englischen Generalkonsulat fanden Verhandlungen statt, an denen der amerikanische Generalkonsul, sowie die japanischen Militärbefehlshaber teilnahmen. Es wurde die Einrichtung einer neutralen Zone zwischen den japanischen und chinesischen Truppen vorgeschlagen, die von Truppen der neutralen Mächte besetzt werden soll. Waffenstillstandsverhandlungen mit den Chinesen sind ergebnislos verlaufen.

#### Wufung von Japanern besetzt

Nach einer amtlichen russischen Meldung aus Schanghai wurde am Sonntag der chinesische Hafen Wufung bei Schanghai durch die japanische Marine besetzt. Dort ist ein Geschwader, bestehend aus einem Panzerkreuzer und vier Zerstörern, eingelaufen. Die chinesischen Behörden leisteten keinen Widerstand.

#### Neuer Protest Amerikas und Englands in Tokio

Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben erneut in Tokio wegen der weiteren Truppenlandungen in Schanghai und des Eindringens japanischer Truppen in die internationale Niederlassung protestiert. — Japan hat darauf den Regierungen Englands und Amerikas mitgeteilt, daß es seine Kampfhandlungen nur auf das Chinesenquartier in Schanghai begrenzen werde.

#### Völkerbundsuntersuchungsausschuß für Schanghai

Der Völkerbundsrat hat auf Vorschlag des Generalsekretärs des Völkerbundes beschlossen, einen neuen Untersuchungsausschuß zu bilden, der aus den ständigen Vertretern der Naismächte in Schanghai zusammengesetzt sein soll und der dem Völkerbundsrat unverzüglich einen Bericht über den Ursprung und die Entwicklung der Ereignisse und den gegenwärtigen Stand in Schanghai erstatten soll. Der chinesische Vertreter protestierte dagegen, daß sich jetzt die Untersuchung ausschließlich auf die Ereignisse in Schanghai beschränke. Die chinesische Regierung habe das Verfahren des Art. 16 nicht allein wegen Schanghai, sondern wegen der japanischen Angriffe in der Mandschurei beantragt. Die chinesische Regierung verlange, daß die Untersuchung auf den ganzen Konflikt ausgedehnt werde.

#### Erhöhte Bereitschaft für die amerikanische Flotte

Das amerikanische Marineamt hat für die gesamte Flotte und für die Marinereserven erhöhte Bereitschaft angeordnet. Der amerikanische 10 000-Tonnen-Kreuzer „Houston“ hat Befehl erhalten, von Manila nach Schanghai in See zu gehen. Admiral Taylor ist freigestellt worden, so viele Torpedobootzerstörer mitzunehmen, wie er es für angebracht hält. Der Admiral begibt sich mit insgesamt 14 Kriegsschiffen nach Schanghai.

## Tages-Spiegel

Reichsarbeitsminister Stegerwald gab in Eriar einen Überblick auf die wirtschaftlichen und politischen Aussichten des Entscheidungsjahres 1932.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat erneut bestätigt, daß die Brotgetreideversorgung für das ganze Jahr absolut sichergestellt sei.

Der schwedische Reichstag hat der Einführung von Schutzzöllen zugestimmt. Hierdurch wird der deutsche Export nach Schweden empfindlich betroffen.

Die Pariser Presse protestiert dagegen, daß deutsche Firmen Aufträge im französischen Grenzbesetzungsgebiet erhielten, weil sie hierin eine große Spionagesache erblickt.

Die litauische Regierung hat in Berlin erklären lassen, daß sie keine Falschabsichten im Memelgebiet habe.

In Washington befürchtet man, daß die Abrüstungskonferenz scheitern wird, und beschuldigt Frankreich dazugehöriger geheimer Abmachungen mit Japan.

Bei dem württembergischen Veriretertag der Deutschen Volkspartei wurde beschlossen, die bevorstehenden Landtagswahlen selbständig durchzuführen.

## Die Abrüstungskonferenz gefährdet

### Amerika beschuldigt Frankreich

U. Washington, 1. Febr. Dem Weißen Hause nahestehende Kreise sind davon überzeugt, daß die französische Unterstützung des japanischen Vorgehens in China, die letzte Hoffnung für einen Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz raubt. Staatssekretär Stimson trifft auch vorläufig keine Vorbereitungen für die Abfahrt nach Genf. Es herrscht die Überzeugung vor, daß Japan die französische Hilfe durch Zugeständnisse für Genf erkaufte, und ebenfalls für den Grundsat: „Keine Abrüstung ohne Sicherheit“ eintreten würde.

#### Die deutschen Ziele auf der Abrüstungskonferenz

Der Führer der deutschen Abordnung zur Abrüstungskonferenz, Botschafter Radolny, hat der Londoner Zeitung „Observer“ eine Unterredung über die deutschen Ziele gewährt. Deutschland, so sagte er, werde eine positive Politik verfolgen. Deutschland habe als ein entwaffneter Staat ein besonderes Interesse an der Abrüstung der anderen und werde darauf bestehen, daß die Abrüstung effektiv sein werde. Er halte die Art der Begrenzung der Rüstungshaushalte nicht für ausreichend, sondern werde unmittelbare Abrüstung fordern. Besonders Gewicht legte Radolny darauf, daß zwischen den Staaten keine unterschiedliche Behandlung stattfindet. Die gleichen Grundsätze müßten sowohl für Deutschland wie für die anderen Mächte gelten. Radolny bezeichnete die Berichte über geheime Rüstungen als völlig unbegründet. Sie seien anscheinend nur in die Welt gesetzt worden, um die Konferenz zu torpedieren und eine für Deutschland ungünstige Atmosphäre zu schaffen.

## Die Sowjetunion fühlt sich bedroht

### Trotzdem Fortsetzung der Friedenspolitik

U. Moskau (über Kowno), 1. Febr. Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Molotow, erklärte zu den Ereignissen im Fernen Osten, die Sowjetunion sei gegen Schaffung eines Pufferstaates, der die politische Lage nur verschlechtern könne. Die Regierung werde ihre Friedenspolitik fortsetzen. Es seien aber seit geraumer Zeit verschiedene Anzeichen vorhanden, daß man einen Überfall auf die Sowjetunion vorbereiten wolle. Man sei in Moskau gut unterrichtet über die Verhandlungen zwischen den Weißrussen und der Tschechoslowakei einerseits und der Tschechoslowakei und Japan andererseits, die sich eine Eintreibung Sowjetrußlands zum Ziele gesetzt hätten. Je mehr man von Frieden spreche, desto mehr nähere sich die Kriegsgefahr.

## Der Kronprinz von Abessinien in Berlin

U. Berlin, 1. Febr. Am Sonntag kurz vor 14 Uhr traf auf dem Anhalter Bahnhof der ethiopische Thronerbe, Prinz Meridazmach Afsan Wossan, aus Rom kommend, inoffiziell in Berlin ein. Der 16jährige Prinz sowie der mit ihm reisende Schwiegervater des Kaisers von Äthiopien, Deschamatsch Desta Damti, sind mit ihrem sechsköpfigen Gefolge im Hotel Kaiserhof abgestiegen. Unter anderem gilt der Besuch des Prinzen auch der „Grünen Woche“.

# Die deutschen Tributleistungen seit Kriegsende

Eine amtliche deutsche Aufstellung

(Die Zahlen in Klammern sind die Gutschrift der „Repro“.)

A. Bis 31. August 1924:

	In Millionen RM.
1. Barzahlungen auf Grund des Londoner Zahlungsplans für 1921 und 1922 . . . . .	1700 (1700)
2. Rheinlandzölle 1921 . . . . .	3 ( 3)
3. Sonstige Barzahlungen (an Frankreich für Elbaf-Votbringen) . . . . .	51 ( 8)
4. Englische Reparationsabgabe (Recovery Act) . . . . .	875 ( 875)
5. Kohlen und Koks . . . . .	2384 ( 959)
6. Kohlennebenprodukte und Stickstoff . . . . .	40 ( 40)
7. Farbstoffe und pharmazeutische Erzeugnisse . . . . .	250 ( 38)
8. Vieh . . . . .	204 (147)
9. Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte . . . . .	21 ( 21)
10. Sonstige Sachlieferungen . . . . .	385 ( 385)
11. Belgische Kunstwerke und Löwener Bibliothek . . . . .	16 ( 3)
12. Seeschiffe (Handelsflotte)	
a) abgelieferte . . . . .	3426 ( 756)
b) beschlagnahmte (ausschließlich der unter amerikanisches Freigabegesetz fallenden)	1060 ( —)
13. Binnenschiffe . . . . .	56 ( 50)
14. Hafentmaterial (Erfasslieferungen f. Scapa Flow) . . . . .	80 ( —)
15. Eisenbahnmateriale	
a) rollendes (Artikel 250 Versailles) . . . . .	1100 ( 827)
b) rollendes (Artikel 371 Versailles) . . . . .	697 ( —)
c) festes (Geräte und Materialien) . . . . .	6 ( 6)
16. Kraftkraftwagen . . . . .	59 ( 32)
17. Nichtmilitärischer Rücklaß an der West-, Ost-, Südost- und Südfront . . . . .	5041 (140)
(Die Gutschrift betrifft Rücklaß an der Westfront).	
18. Privatfabel . . . . .	78 ( 59)
19. Privatgut im Auslande . . . . .	10 080 ( 13)
Die Gutschrift betrifft die gemäß Art. 280 Versailles-Vertrag der deutsch-amerikanischen Abrechnung über deutsches Privateigentum)	
20. Ausgleichsverfahren . . . . .	617 ( —)
21. Eisenbahnen und Bergwerke in Schantung Lehrinstitute in Schanghai . . . . .	95 ( 61)
22. Wert der auf die abgetretenen Gebiete entfallenden, aber nicht übernommenen Anteile an der Reichs- und Staatsschuld . . . . .	657 ( 26)
23. Abgetretenes Reichs- und Staatsgut (die Saargruben sind nicht aufgeführt) . . . . .	9670 (2298)
24. Arbeiten deutscher Kriegsgefangener (nach Abzug von schätzungsweise 300 Millionen Reichsmark für Verpflegung und Unterkunft) . . . . .	1200 ( —)
25. Kriegsmaterial-Schrotterlöse . . . . .	52 ( 52)
26. Abgelieferte Kriegsschiffe . . . . .	1338 ( —)
27. Während der Ruhrbesetzung erzwungene Leistungen	
a) Sachleistungen . . . . .	820 ( —)
b) Barleistungen . . . . .	550 ( —)
(27. betrifft nur Farblieferungen)	
Summe bis 31. August 1924:	42 059 (8067)

In Millionen RM.

B. Leistungen auf Grund des Dawesplanes . . . . .	7998
C. Leistungen auf Grund des Neuen Planes (Youngplan), des deutsch-amerikan. Schuldenabkommens und des deutsch-belgischen Marktabkommens . . . . .	3108
Gesamtsumme bis 30. Juli 1931:	58 155
D. Sonstige Leistungen	
a) Innere Bekämpfungskosten . . . . .	2012
b) Kosten interallierter Kommissionen . . . . .	106
c) Militärische Abrüstung einschließlich versenkter Flotte . . . . .	8500
d) Industrielle Abrüstung . . . . .	3500
e) Grenzregulierung, Abstimmung, Flüchtlingsfürsorge sowie die durch die deutschen Leistungen verursachten Verwaltungskosten . . . . .	400
Zusammen	14 518
Hinzu obige Summe	58 155
Insgesamt rund	67 673

In der obigen Aufstellung sind eine Reihe von Leistungen mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Bewertung nicht ausdrücklich aufgeführt worden. So fehlt die Angabe des wirtschaftlichen Wertes der abgetretenen Gebiete und der Kolonien. Ferner sind alle aus der willkürlichen Zerstückelung Deutschlands und der zwangsweisen Übertragungen deutscher Vermögenssubstanz erwachsenen unerschätzbaren indirekten Schäden und Verluste nicht angeführt. Auch alle mittelbaren Leistungen, z. B. die Zinsen und Nutzungen, die den Empfängern aus den deutschen Leistungen erwachsen sind, sind unberücksichtigt geblieben. Endlich ist die Belastung des deutschen Kredites durch den Kapitalwert der Young-Anleihe und die Belastung aus dem Hoover-Jahr nicht angegeben.

## Rheinische Forderungen zur Abrüstungskonferenz

U. Düsseldorf, 31. Jan. Die „Düsseldorfer Nachrichten“ fordern von der Abrüstungskonferenz die Aufhebung der Entmilitarisierung der 50 Kilometer-Zone im Rheinland. Sie weisen darauf hin, daß von der Entmilitarisierung der 50 Kilometer-Zone ein Viertel der Einwohner des Deutschen Reiches betroffen würden. Die Bewohner dieses Gebietes seien schutzlos jedem Angriff Frankreichs preisgegeben. Briand habe 1922 geäußert, daß das entmilitarisierte Gebiet

„militärisch“ so zu behandeln sei, als ob es ein Teil des Bodens Frankreichs wäre. Wenn eine Entmilitarisierung wirklich einen Fortschritt auf dem Weg zur Sicherung des Friedens bedeuten solle, dann müßten auch die Franzosen eine 50 Kilometer-Zone ihres Grenzgebietes entmilitarisieren.

## Die Reichsregierung gegen Inflationsgerichte

— Berlin, 31. Jan. Neuerdings sind wieder, und zwar vor allem im Zusammenhang mit der Wagemannschen Denkschrift und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichstagspräsidenten Vöbe, Inflationsgerichte aufgetaucht. Von zuständiger Seite wird mit aller Bestimmtheit erklärt, daß die Reichsregierung eine neue Inflation für das größte Unheil halten würde, das Deutschland zu allen Schicksalschlägen noch treffen könnte. Diese Auffassung, auf die sich die Haltung des Reichskanzlers, des Reichsfinanzministers und der Reichsbank gründet, ist in der letzten Zeit wiederholt bekundet worden. An ihr hat sich nicht das geringste geändert.

## Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm

— Bismarck, 1. Febr. Gottfried Feder, der Wirtschaftstheoretiker der Nationalsozialisten, hielt hier einen Vortrag über den nationalsozialistischen Zukunftsstaat. Er beschäftigte sich mit den Strukturveränderungen der deutschen Volkswirtschaft, die im Zukunftsstaat in die Wege geleitet werden müssen. Zu diesem Zwecke müsse der Import ausländischer Waren gedrosselt werden; Güter, die im Inlande erzeugt werden könnten, dürften überhaupt nicht eingeführt werden. Im dritten Reich werde das deutsche Volk eben nur Schwarzbrot essen. Rohstoffe, die unbedingt eingeführt werden müßten, würden mit Tauschgütern bezahlt werden.

Das dritte Reich werde mit Hilfe der Wasserstoffgasversorgung (?) eine industrielle Nachblüte ins Leben rufen. Dadurch würde für eine Million Arbeitsloser Arbeit geschaffen. Eine weitere Million Arbeitsloser soll vom Arbeitsdienst übernommen werden; durch Erlass der Hauszinssteuer zum Zwecke der Ausführung von Reparaturen würden Hunderttausende ihr Brot finden. Zur Sozialisierung erklärte Feder, daß die Nationalsozialisten jede Verstaatlichung des Produktionsapparates ablehnten, jedoch wünschten sie das Verkehrs- und Geld- und Kreditwesen zu verstaatlichen. Um Frankreich auf seinen „Goldbergen verhungern zu lassen“, würde das dritte Reich auf die Goldwährung verzichten. Feder sagte zum Schluß, daß noch im Laufe dieses Jahres der Staatsgerichtshof aus Nationalsozialisten zusammengesetzt werde, „die dann die Novemberverbrecher aburteilen würden“.

## Politische Kurzmeldungen

Der Reichskanzler wird sich als Chef der deutschen Abordnungsdelegation zusammen mit dem Reichswehrminister Gröner voraussichtlich am 7. Februar nach Genf begeben. — In Berliner politischen Kreisen rechnet man damit, daß der Reichstag am 15. oder 16. Februar sich ver sammeln wird, um den Wahltermin festzusetzen. — Der Reichspräsident empfing den Gouverneur a. D. Dr. Schnee, der sich in seiner Eigenschaft als deutsches Mitglied der vom Völkerbundsrat ernannten Mandatskommission meldete. — Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat die Frist für die Zeichnung der steuerfreien Reichsbahn-Anleihe über den 1. Februar hinaus um einen Monat, d. h. bis zum 29. Februar 1932, verlängert. — Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat ab 1. Februar die gebundenen und Festpreise bei Apothekern aufgehoben. Der Apothekerkaufschlag ist von 75 auf 64 v. H. herabgesetzt worden. — In Berlin hat Reichsernährungsminister Schiele die 7. Grüne Woche eröffnet. Der Minister erklärte, daß Deutschland in seiner Nahrungsversorgung nicht mehr auf das Ausland angewiesen sei und daß sich die Macht der Gläubiger nicht in einen gewollten Druck harter Entbehrungen wie in den Kriegs- und Nachkriegsjahren umsetzen könne. Erst auf der Grundlage eines kräftigen und ausgeglichene Binnenmarktes wäre die wirtschaftliche Stärke zurückzugewinnen, die erforderlich sei, um den unerhört schweren Weltkampf um unsere Ausfuhr einigermaßen erfolgreich zu führen. — Der Völkerbundsrat hat auf deutschen Antrag hin das Minderheitenverfahren gegen Polen eröffnet, die Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen über die willkürliche Durchführung der Agrarreform aber bis zur Mai-Tagung vertagt. Ferner sind die Polonisierungsversuche und Zwangsmaßnahmen der Warschauer Regierung gegen die Verwaltung des Fürsten Pleß vom Rat aufgehoben worden. Die Beschwerde der ukrainischen Minderheit in Polen wurde abgewiesen. — Der frühere Marineminister Leggues erklärte, das Material der französischen Luftflotte befinde sich in einem geradezu traurigen Zustand. Die französischen Bombenflugzeuge seien selbst den deutschen Verkehrsflugzeugen weit unterlegen (!?). Der Abgeordnete Roumoutour stellte erneut die unsinnige und schon mehrfach widerlegte Behauptung auf, daß in Schweden und Rußland große Fabriken für die Herstellung deutscher Militärflugzeuge errichtet worden seien. — Nach Amsterdamer Nachrichten hat die Gute-Hoffnungs-Gütte UG Oberhausen mit der chinesischen Regierung einen Vorvertrag über die Durchführung eines großen industriellen Projekts abgeschlossen. Laut „Deutsche Bergwerkszeitung“ handelt es sich um den Aufbau und die Organisation einer chinesischen Eisenerzindustrie, mit der sich China vom Ausland teilweise unabhängig machen will.

## Der neue Präsident der Saarregierung

Ein Engländer

U. Genf, 1. Febr. Der Völkerbundsrat hat in geheimer Sitzung zum Präsidenten der Saarregierung den bisherigen englischen Vorkommissar in Madrid George Knox ernannt.

Der neue Präsident der Saarregierung, der 58 Jahre alt ist, war 1923 Geschäftsträger der englischen Botschaft in Berlin und beherrscht die deutsche Sprache. Zum juristischen Mitglied der Saarregierung wurde der frühere Präsident des Verwaltungsgerichts in Belgrad Zoricich ernannt, der gleichfalls die deutsche Sprache beherrscht und eine Zeit lang Regierungspräsident in Agram gewesen ist.

## Litauen entzieht Memel den Finanzanteil

U. Memel, 31. Jan. Um den Rücktritt der memelländischen Landesregierung zu erzwingen, hat Gouverneur Merlys ein neues Druckmittel angewandt. Er hat den am 25. Januar fällig gewordenen Finanzanteil der litauischen Regierung für das Memelgebiet gesperrt. Damit ist es den Klassen des Memelgebietes unmöglich gemacht, am 1. Februar die Gehälter auszuzahlen. Durch dieses Vorgehen des Gouverneurs wird der im Jahre 1926 abgeschlossene Finanzvertrag verletzt, der bestimmt, daß der Finanzanteil am 10. und 25. eines jeden Monats zur Auszahlung kommen muß.

## Kämpfe um Charbin

U. Mukden, 31. Jan. Die von Tschangtschun abgelaufenen japanischen Truppen konnten bis jetzt noch nicht in Charbin einmarschieren, da die Sungari-Brücke, über die die chinesische Ostbahn nach Charbin führt, von den Chinesen zerstört worden ist. Die Japaner und Chinesen haben auf beiden Seiten des Flusses Artillerie aufgeschossen und zur Zeit ist ein heftiger Artilleriekampf im Gange. Japanische Flugzeuge haben erneut die Außenquartiere Charbins bombardiert.

## Beschlagnahme der Südlinie der chinesischen Ostbahn durch Japan?

Im Zusammenhang damit, daß russische und chinesische Beamte der chinesischen Ostbahn Sabotageakte gegen japanische Truppentransporte in Charbin organisiert haben, hat der Oberkommandierende der japanischen Armee in der Mandchurei, General Honjo, der japanischen Regierung die Beschlagnahme der südlichen Verlängerung der chinesischen Ostbahn vorgeschlagen.

## Kleine politische Nachrichten

Der Preis-Kommissar mahnt die Schuhmacher. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat an den Reichsverband des Deutschen Schuhmacherhandwerks ein Schreiben gerichtet, weil festgestellt worden ist, daß die Preisverzeichnisse bei den Schuhmachern völlig gleichlautend und einheitlich gedruckt sind. Daraus sei zu schließen, so erklärt der Reichskommissar, daß noch Preisbindungen in diesem Handwerk beständen. Er wisse darauf hin, daß dieses Verfahren durchaus unzulässig sei.

Oberst von Gilla aus der DBP. ausgetreten. Die die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ erfährt, ist der Reichstagsabgeordnete der DBP, Oberst a. D. von Gilla, aus der DBP. ausgetreten. In einem Schreiben an den Wahlkreisvorsitzenden weist Oberst von Gilla darauf hin, daß die Versuchung, einen Weg zu finden, auf dem eine enge politische Zusammenarbeit des nationalprivatwirtschaftlich denkenden Bürgertums herbeigeführt werden könne, gescheitert seien.

Die englische Politik auf der Abrüstungskonferenz. In einem Leitartikel bringt die „Times“ einige Andeutungen über die Politik Englands auf der Abrüstungskonferenz. Die Vorschläge der englischen Regierung würden sich an das Vorbild der Washingtoner und Londoner Flottenkonferenzen anlehnen. In Flottenfragen rechne zwar das Weltreich als eine Einheit, aber in allen Heeres- und Luftfragen zähle die Stärke der Dominionen für sich und sei von der Englands zu trennen.

Verstaatlichung sämtlicher französischen Eisenbahnen? Der Arbeitsausschuß der Kammer nahm mit einer Stimme Mehrheit einen sozialistischen Antrag an, der die Entelgung sämtlicher französischer privater Eisenbahngesellschaften und die Schaffung einer einzigen staatlichen Gesellschaft vorschlägt. Das gesamte Material und Bestium sollen auf dem Entelgungswege vom Staat angekauft werden.

Ausschuß für die nationale Verteidigung Chinas in Nanking. Nach einer russischen Meldung aus Schanghai soll in Nanking ein Ausschuß für die nationale Verteidigung Chinas gebildet worden sein, dem Marschall Tschiang Kai-shek, General Fuhannin und andere politische Führer Chinas angehören. Die Kantongregierung hat dem Ausschuß mitgeteilt, daß sie bereit sei, ihre Truppen für den Widerstand gegen Japan zur Verfügung zu stellen.

Ausbau der amerikanischen Flotte? Der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ erklärt, daß Hoover sich gezwungen sehe, das Flottenbauprogramm auf das vertraglich zulässige Höchstmaß zu erhöhen, da andernfalls die Flotten Amerikas und Japans bei Ablauf des Londoner Flottenabkommens im Jahre 1936 gleich stark sein würden; 598 370 Tonnen Amerikas würden 596 178 Tonnen Japans gegenüberstehen.

## Kurzberichte aus dem Reich

Seit zwei Tagen wütet, wie aus Rosenheim (Bayern) gemeldet wird, ein großer Waldbrand am Südhang der Hochplatte. Über den Hochbergen zwischen Kampenwand und dem Marquartstein ziehen starke Rauchwolken gegen den Höchgeren ostwärts weiter. Die Rauchwolken sind im ganzen Chiemgau zu sehen. Abteilungen des Forstamtes und Feuerwehrmänner sind mit den Löscharbeiten beschäftigt. — Die Posttagentin Anna Stenbl aus Wasserburg ist nach Unterschlagung von 200 000 RM. amtlicher Gelder geflüchtet. Man vermutet, daß sie sich in der Tschedostowaket aufhält. — Im Verwaltungsgebäude der Gasanstaltsbetriebsgesellschaft in Roderhausen versuchten Einbrecher den 6 Zentner schweren Geldschrank zu erbrechen. Als dies nicht gelang, nahmen sie den Schrank mit und warfen ihn schließlich aus Aerger über ihre vergeblichen Bemühungen samt Inhalt in die Saar. — Bei der Verfolgung eines Einbrechers in Duisburg-Hamborn durch eine Polizeistreife erhielt der Polizeiwachmeister Floering einen tödlichen Kopfschuß. Der Verbrecher fand durch einen Brustschuß den Tod.

## Aus aller Welt

### Brandstifter vernichtet eine Ortschaft

Innerhalb weniger Tage ist fast die ganze Ortschaft Schwendrecht bei Waldkirch (Niederbayern) der Brandstiftung zum Opfer gefallen. Die Ortschaft besteht nur aus sieben Anwesen, die sich im Besitz des Fiskus befinden. Die Anwesen sind meist an Holzhauer verpachtet.

### Mutter und drei Kinder ertranken

Aus Breslau wird berichtet: Letzte Woche hatte die Arbeiterfrau Lange aus Rudelsdorf, Kreis Borsenhausen, mit ihren vier Kindern eine Schlittenfahrt auf dem Eis des Bober unternommen. Plötzlich brach der Schlitten, auf dem die Frau und zwei Kinder saßen, durch die schon mürbe gewordene Eisdecke. Alle drei Personen ertranken sofort. Ein 10jähriger Sohn, der schnell hinzukam und die Mutter und die Geschwister zu retten versuchte, fiel gleichfalls in das Wasser und ertrank. Allein ein 6jähriges Mädchen vermochte sich zu retten.

### Katastrophale Wirkungen des milden Wetters in Norwegen

Die durch das milde Wetter verursachten Ueberschwemmungen und Erdstöße in der Provinz Dronheim haben sich zu einer Katastrophe entwickelt. Der ganze Eisenbahnverkehr um Dronheim ist gesperrt. Die Flüsse sind über die Ufer getreten und haben Häuser zerstört und Brücken fortgerissen, so z. B. eine 30 Meter lange Eisenbrücke über den Surna-Fluß. In Lesvik ist durch einen großen Dammbau das Elektrizitätswerk zerstört worden. In der Gegend von Sikava haben die Wassermassen alle Wege überschwemmt und drohen auch hier das große Elektrizitätswerk zu zerstören. Es regnet andauernd. In Stordalen, dessen Fluß in normalen Verhältnissen 150 Meter breit ist, steht das Wasser jetzt in einer Breite von einhalb Kilometer.

## Württembergischer Landtag

### Die Genehmigungspflicht für Wahlflugblätter

In der letzten Sitzung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses des Landtags wurde es bei der Erörterung über die Bestimmungen der Notverordnung vom 28. März 1931 und vom 10. August 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen als sachlich erwünscht bezeichnet, daß im Hinblick auf die kommenden politischen Wahlen Bestimmungen dahin getroffen werden, daß nicht jedes Wahlflugblatt usw. der Genehmigungspflicht jeder einzelnen Ortsbehörde unterworfen ist, sondern daß dafür generell diejenige einer zentralen Stelle des Landes treten kann. Im Landtagsausschuß herrschte über das Erwünschte einer solchen Regelung allgemein Einverständnis. Gegenstände bestanden lediglich über die Frage, welche zentrale Stelle hierfür eingesetzt werden soll. Die Sozialdemokraten erhoben Einspruch dagegen, dem Stuttgarter Polizeipräsidenten die Erfüllung dieser Aufgabe zu übertragen. Ihr Mißtrauen beruhe auf zahlreichen Erfahrungen. Die Einsetzung des Stuttgarter Polizeipräsidenten als Genehmigungsinstanz würde vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus betrachtet die Lage gegen seither nur verschlechtern. Der sozialdemokratische Redner fragte deshalb, ob nicht die Polizeidirektion des Innenministeriums hier eingeschaltet werden könne. Staatspräsident Dr. Volz erklärte die Herübernahme einer solchen Aufgabe in das Ministerium für unmöglich. Es fehlen hierzu die Kräfte, ferner sei dann für Einsprüche eine weitere Instanz nicht mehr vorhanden. Es werde daher kaum etwas anderes möglich sein, als das Landesstrafamt (Polizeipräsident), das schon eine zentrale Befugnis für das Land habe, mit der Durchführung dieser Aufgabe zu betrauen. Nach dieser Erklärung des Staatspräsidenten zog Abg. Heymann (Soz.) seine Unterschrift unter den bereits gestellten Antrag zurück. Die darauf bezügliche Entschließung der Abgeordneten Gengler, Johannes Fischer, Oberland:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, für die politischen Wahlen Bestimmungen dahin zu treffen, daß für die von zentralen Stellen herausgegebenen Wahlflugblätter, Wahlaufhänge und Wahlplakate, sowie für deren Verbreitung an Stelle der Genehmigungs-

pflicht jeder einzelnen Ortsbehörde eine solche einer zentralen Stelle des Landes treten kann“, wurde darauf mit 8 Ja gegen 5 Nein angenommen.

## Aus Württemberg

### Urlaub des Wirtschaftsministers

Wirtschaftsminister Dr. Maier hat sich infolge Ueberanstrengung genötigt gesehen, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen mehrwöchigen Aufenthalt in einem Sanatorium zu nehmen. Während seiner Abwesenheit wird der Wirtschaftsminister in Angelegenheiten von politischer Bedeutung im Bereich des Wirtschaftsministeriums durch den Justizminister vertreten.

### Keine Bierpreiserhöhung in Württemberg

Es ist auffallend, daß bis heute in Württemberg keine Verhandlungen wegen Senkung der Bierpreise ab 1. Februar stattgefunden haben. Die Brauereien werden, wie der Landesverband der Wirte Württembergs mitteilt, das Bier auch nach dem 1. Februar wie seither berechnen. Die für das norddeutsche Braugebiet getroffene Vereinbarung auf Senkung der Bierpreise um 2 RM. pro Hektoliter trifft für Württemberg nicht zu. In Württemberg sind die Brauereipreise heute schon 2 RM. billiger als in Norddeutschland.

### Deutsche Arzneitage 1932

Im Zusammenhang mit der erfolgten Festsetzung des den Apotheken verbleibenden Rohverdienstes auf höchstens 30 Prozent, wurde, wie ö er württ. Staatsanzeiger mitteilt, der von den Apotheken an Krankenkassen usw. zu gewöhnliche Rabatt auf 7 Prozent festgesetzt, für Apotheken, deren Jahresumsätze sich unter 25 000 RM. bewegen, auf 3 Prozent.

### Der Zoepfry-Prozess

Am dritten Verhandlungstage wurde mit der Beweisaufnahme fortgefahren. Zunächst wurde der 73 Jahre alte Zeuge und pensionierte Kaufmann Schott, der früher als Prokurist bei der Firma Gebr. Zoepfry tätig war, gehört. Er sagte aus, daß er während seiner Tätigkeit den Eindruck gehabt habe, als habe der Angeklagte bei der Fabrikation nicht immer die nötige Sorgfalt walten lassen, die nötig gewesen wäre, um sich Reklamationen und Zurückweisungen der Ware zu ersparen. Dann erfolgte die Vernehmung des Zeugen Roth, Kaufmann bei der jetzigen A.-G. und Hauptbuchhalter bei der früheren Firma Zoepfry, der sich über den Abschluß der Bilanzen zu äußern hatte. Er gab zu, daß innerhalb der Bilanzen Schiebungen vorgekommen sind, so daß das Endergebnis der Bilanzen ein anderes Aussehen gehabt habe. In der Frage der Vorfakturierung sagte er aus, daß der Zeuge auf Veranlassung des Angeklagten seine Vorfakturierung vorgenommen habe. In den Jahren 1927 und 1928 seien entsprechende Abträge nicht gemacht worden. Der Angeklagte sei auf diese Tatsache aufmerksam gemacht worden. Der Zeuge Roth will Zoepfry außerdem auf die Folgen dieser Unterlassung aufmerksam gemacht haben. Ihr Zweck war offensichtlich der, ein günstigeres Bilanzbild zu bekommen. Hierauf bricht der Zeuge in Tränen aus und bemerkt unter Schluchzen, es sei erschütternd, daß sein früherer Chef nicht endlich ein Bekenntnis ablege, daß er genau über diese Dinge orientiert gewesen sei. Hierzu sollte der Angeklagte Stellung nehmen. Er gab aber nur eine ausweichende Erklärung ab. Der nächste Zeuge, der frühere Abteilungsleiter und Prokurist der jetzigen Zoepfry A.-G., Schörner, äußerte sich ebenfalls zu der Frage der Vorfakturierung. Er gab übereinstimmend mit dem vorgenannten Zeugen die Erklärung ab, daß der Angeklagte über die nicht gemachten Abträge vollständig im Bild gewesen sei. Ueber die Qualität der von der Firma Zoepfry gelieferten Waren befragt, erwiderte der Zeuge, die Wolldecken seien zum Teil sehr schlecht gewesen. Die Vernehmung weiterer Zeugen erbrachte keine neuen Momente.

### Wetter für Dienstag und Mittwoch

Während sich über Skandinavien eine sehr starke Depression befindet, liegt Süddeutschland noch im Bereich des europäischen Hochdrucks, dessen Einfluß vorerst noch fort dauert, so daß für Dienstag und Mittwoch trockenes und mehrfach heiteres Wetter zu erwarten ist.

## Moor- und Heidkultur in Holland

Von Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Dr. h. c. Dr. Tacke-Bremen.

Etwa 12 v. H. des ganzen Gebietes, rund 400 000 Hektar der Niederlande sind Debland, dreiviertel davon Heideböden, der Rest Moore. Der größte Teil ist privater Besitz, die übrigen Flächen gehören dem Staat oder Gemeinden. Bis auf einen kleinen Teil, etwa ein Drittel, ist das Debland für landwirtschaftliche Zwecke kulturfähig, ein Drittel läßt sich forstwirtschaftlich nutzen. Trägerin der Kulturarbeiten in den letzten 40 Jahren war vornehmlich die Niederländische Heidegesellschaft (Niederländische Heidemaaatschapp) deren Sitz in Arnheim ist. Außer mit der Kultivierung von Debland in Heide und Moor befaßt sich die Gesellschaft mit mancherlei anderen Aufgaben, wie mit der Planung und Ueberwachung von Entwässerungsanlagen, Regelung von Wasserläufen, Wege- und Kanalbau, Neubau von Gehöften, Aufforstungen, Anlage von Obstgärten und Förderung der Süßwasserfischerei. Ferner erstattet die Gesellschaft Gutachten, fertigt Taxationen von Gütern und Forsten und leistet Unterstützung bei Einrichtung der Buchführung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Durch Veranstaltung von Vorträgen, Lehrgängen, Ausstellungen, durch Zeitschriften und andere Veröffentlichungen fördert sie in jeder Richtung die Landeskultur.

Vor dem Weltkriege wurden jährlich gegen 10 000 Hektar Debland urbar gemacht. Bei Ausbruch des Krieges trat ein starker Rückgang ein, vereinfacht durch die allgemeine Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse, den Arbeitermangel und den Mangel an künstlichen Düngemitteln. Nach dem Kriege haben sich die Kulturarbeiten allmählich wieder gehoben, zumal die steigende Erwerbslosigkeit in den Städten und in der Industrie Arbeitsgelegenheiten verlangte. So sind in den letzten Jahren umfangreiche Arbeiten mit Erwerbslosen ausgeführt worden. Die dabei gemachten Erfahrungen waren im großen und ganzen gut. Vornehmlich kamen Erdarbeiten mit der Hand, mit dem Spaten in Frage. Wichtig ist eine zweckmäßige Anleitung und eine sachverständige Beaufsichtigung der Arbeiten. Es muß bei den Erwerbslosen das Gefühl erweckt werden, daß sie gemeinnützige Arbeit leisten. Erhöhung der Arbeitsleistung wird am sichersten durch Alfordlöhne erreicht. Liegen die Arbeitsstätten in der Nähe der Wohnorte der Arbeiter, so kehren sie abends nach diesen zurück. Bei größerer Entfernung wird für Unterkunft und Verpflegung in der Nähe der Arbeitsstätte gesorgt, entweder in Holzbaracken oder auch in massiven Gebäuden, die nach Schluß der Arbeiten als Wirtschaftsgebäude für landwirtschaftliche Siedler dienen können. Am Wochenende oder nach einigen Wochen fahren die Erwerbslosen nach Haus.

Wo geldliche Schwierigkeiten bei diesen Unternehmungen eintreten, übernimmt der Staat, die Provinz oder Gemeinde einen Teil der Kosten. Für die Aufforstung von Heideflächen und Dünen gibt der Staat an Gemeinden oder gemeinnützige Vereine Darlehen bis zu 80 Prozent der Gesamtkosten zinsfrei, zurückzahlbar nach fünfzig Jahren. Auch für die Kultivierung von Heide- und Moorböden für landwirtschaftliche Zwecke und Neubauten der Gehöfte auf den neukultivierten Landereien gibt der Staat Darlehen. Die Neufriedlungen werden meist in einer Größe von sechs bis fünfzehn Hektar ausgelegt. Der Bewerber muß über soviel an eigenen Mitteln verfügen, um die laufenden Betriebskosten der Wirtschaft decken zu können. Daneben erhält er, soweit die im Staatshaushalt ausgeworfenen Mittel reichen, Darlehen bis 500 Gulden je Hektar, wenn eine Kommission sachgemäße Vorbereitung und Einrichtung der neuen Wirtschaft gut heißen hat. Das Darlehen wird als erste Hypothek eingetragene, ist fünf Jahre zinsfrei, danach werden zwei Jahre 2 Prozent, zwei Jahre 3 Prozent, ein Jahr 4 Prozent und 30 Jahre 5,45 Prozent gezahlt. In 40 Jahren ist das Darlehen abgelöst. Gegen 300 Bauernstellen sind bis jetzt auf diese Weise geschaffen worden, außerdem wurde vielfach zu Neukulturen auch ohne Staatsbeihilfe angeregt.

Besonders erwähnenswert ist, daß die Niederländische Heidegesellschaft Mittel gesucht und gefunden hat, die städtischen Abfallstoffe, feste wie flüssige, deren Beseitigung andernfalls große Kosten verursacht, für landwirtschaftliche Zwecke auszunutzen. Namentlich sind hier die Anlagen der Gemeinden Enschede wie Uffelersehn und in Silverum, ferner die Rieselfelder der Stadt Tilburg zu nennen, bei deren Ausbau ebenfalls arbeitslose Industrie- und Bauarbeiter beschäftigt wurden. (Nach Mitteilungen der Direktion der Niederländischen Heidegesellschaft.)

## Inferieren bringt Gewinn

phonisch bestellt. Man strebte hinaus. Man mußte doch erzählen, daß die deutsche Sängerin, von der man allgemein so viel erwartete, hier im selben Hotel mit wohnt.

... Und dann kam der Abend des Konzerts.

In weißer Seide, die in weichen Falten an der jugendlichen Gestalt herniederfloß, stand Inge Stern auf dem Podium. Der beste Konzertmeister Stockholms saß wartend am kostbaren Flügel, um die Sängerin zu begleiten. Inge Sterns Hand zitterte leise. Die dunkle Rose am Ausschnitt des Kleides schien zu atmen.

Leise präluierend setzte der Begleiter ein. Inge sang ein deutsches Heimatlied. Mit solch tiefer Innigkeit, so seltsam getragen, daß die Menschen atemlos lauschten. Und mächtig anschwellend der Schluß des Liedes:

„Unter den rauschenden deutschen Eichen bin ich geboren, dort will ich einst begraben sein.“

Als die Sängerin geendet hatte, brach ein rasender Beifall los.

Inge verneigte sich mit blassem Gesicht. „Mein erster Erfolg in der Fremde. Danke, du hast's Recht. Bete du dort oben weiter für mich,“ dachte sie erschauernd.

Dann sang Inge drei schwedische Lieder. Einer der Komponisten war anwesend und war außer sich vor Glück und Freude, daß sein Lied so vorgelesen wurde, wie es im Geiste gehört. Dann kamen Lieder von Schubert und Schumann. Immer neuer tosender Beifall erklang. Und dann, nach der letzten Zugabe, nachdem Herr van Engelen Inge an der Hand gefaßt, um sie den Begeisterten zu entführen, stand Inge in einem Blumenhain. Immer neue Boten kamen und brachten Blumen. Denn schon in der ersten Pause war ununterbrochen an die Blumengeschäfte telephoniert worden.

Dann saß Inge im Wagen und hielt die Hand Herrn van Engelen fest. Sie war keines Wortes mächtig. Der alte Herr verstand ihre Bewegung und schweig feinfühlig still.

(Fortsetzung folgt.)

## Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rothberg.

35. Fortsetzung Nachdruck verboten

Ein kleiner, beweglicher Herr mit schneeweißem Haar, einen goldgefaßten Kneifer auf der gebogenen Nase, führte das Wort. Die kleine, verwaundene Gestalt einer älteren Dame hatte etwas Verächtliches, Nüchternes. Aber am meisten wurde die junge, schlank blonde Dame gemustert.

„Eine Schönheit ersten Ranges,“ flüsterte ein bekannter Börsemann seinem Freunde zu.

Ein junger schwedischer Dichter sagte schwärmerisch zu seinem Tischnachbar: „Wie ein Gedicht — ich sah nie Augen von derartig tiefem Blau. Und dann das goldene Haar.“

„Sie Schwärmer,“ lachte der Angeredete, „so haben Sie ja wieder etwas für Ihr Dichtergemüt.“

Am anderen Ende der Tafel hatte ein deutscher Großkaufmann mit Familie Platz genommen. Die rundliche Frau war das Urbild der sittamen deutschen Hausfrau. Die Tochter ein schwärmerischer Paßfisch mit bläulichem Gesicht und schönen schwarzen Augen. Der Sohn kennzeichnete auf den ersten Blick den deutschen Offizier. Rant und schlant, mit jungen feurigen Augen, das Gesicht braun gebrannt. Nur die obere Hälfte der Stirn war weiß, dort, wo sonst der Mützenstreifen saß.

Der Vater hatte die Neuankommenden zuerst gesehen. „Seht mal,“ sagte er, „was mögen das für Leute sein? Gute Gesellschaftsblasse alle drei, das ist sicher. Die reizende junge Dame gefällt mir. Du brauchst nicht eifersüchtig zu sein,“ quittierte er sofort den strafenden Blick der Gattin. „Und dir, Egon, verbiete ich ganz energisch, die junge Dame mit den Augen zu verschlingen.“

Der junge Offizier schüttelte lächelnd den Kopf. „Aber Papa,“ verteidigte er sich, „ich verschlinge niemanden mit den Augen. Ich konstatiere nur eben, daß dort am anderen Ende deine Lieblingspeise serviert wird. Jeder nimmt ge-

waltige Mengen von der köstlichen Speise und ehe der Kellner hierher kommt, ist das Brett leer.“

Herr Steffens senior sah sofort mit strafenden Blicken auf die Gäste. Einer schien ihm besonders viel genommen zu haben. Er nahm ihn eine ganze Welle scharf aufs Korn. Schließlich streifte er das Servierbrett des geschneiegelten Obers. Darauf befand sich Fisch und zwar noch in großen Mengen. Herr Steffens sah keinen Fisch. Er gönnte plötzlich den Gästen die Mengen. Aber wütend puffte er den Sohn in die Seite und knurrte: „Infamer Bengel!“

Der Sohn aber, der gewagt hatte, die hohe Familienobrigkeit auf den Leim zu führen, der hatte indessen in aller Ruhe das schöne Gesicht der jungen Dame biskret gemustert. „Das ist etwas für meines Vaters Sohn,“ dachte er leichtsinnig.

Die so Verwunderte hatte keine Ahnung von dem Sturm, den sie entfachte. Leise unterhielt sich Jutta von Eschingen, von jetzt an Inge Stern, mit ihrer Begleitung.

Herr van Engelen merkte mit der Kenntnis des allerbereiten Mannes wohl, welche Bewunderung sein Schützling erregte. „Na wartet,“ dachte er befriedigt, „ihr sollt noch was erleben.“ Vergnügt tat er dem vorzüglichsten Mahle alle Ehre an.

Hanne Oldenburg aber war es, als sei das Paradies ihr geöffnet worden. Schon während der unvergleichlich schönen Fahrt auf dem Meere hatte sie oft in tiefer Dankbarkeit die Hand Juttas geftridren. Wie war doch die Welt so schön. Nun wurde ihr Herzenswunsch, den sie von frühesten Jugend an gehegt, auf ihre alten Tage noch erfüllt. Sie durfte reifen. Mit glückseligen Blicken sah sie um sich.

Den Gästen hatte es indessen keine Ruhe gelassen. Leise wurden Erkundigungen eingeholt.

„Inge Stern? Herrgott, doch nicht die Sängerin, die morgen das große Konzert gibt?“

„Ja, dieselbe,“ teilte der beflissene Ober mit. Reichliche Trinkgelber flossen in die diskret vorgestreckte Hand. Natürlich gingen nun auch die in das Konzert, die bisher die Absicht nicht hatten. Unausdrücklich wurden Karten tele-

# Aus Stadt und Land

Calw, den 1. Februar 1932.

Februar

Nach einem Januar, der so unwinterlich und vorfrühlingsmäßig war, daß selbst die ältesten Leute sich nicht leicht an einen ähnlichen „Eis- und Frostmonat“ erinnern, treten wir nun in den Februar, den letzten Wintermonat, ein. Es gibt viele, die den Februar als vollwertigen Wintermonat gar nicht mehr gelten lassen wollen. Ob diese Leute heuer ihre Meinung nicht ändern werden, bleibt abzuwarten. Denn, bringt der Januar nicht zur rechten Zeit einen rechtshaffen Winter, dann bekommen wir die kalte Jahreszeit eben in einem schweren Nachwinter doppelt hart zu spüren. Ein Glücksgefühl freilich kann uns auch ein schneereicher Februar nicht rauben: die Wohlthat des wachsenden Tages, den Segen einer von Tag zu Tag an Kraft und Wärme zunehmenden Sonne.

## Calwer Märkte Ein Rückblick

Wie die Fruchtmärkte, so hatten auch früher die Viehmärkte eine große Ausdehnung. Die Fruchtmärkte sind bekanntlich ganz ausgefallen worden, dagegen haben die Viehmärkte noch einen starken Verkehr aufzuweisen. Sehr stark sind die Schweinemärkte besucht, sie haben nicht nur nicht nachgelassen, sondern noch eine Steigerung erfahren. Auch die Viehmärkte auf dem Brühl haben ihre Berechtigung nicht verloren, sind vielmehr ein wichtiger Faktor für die Verhältnisse der Landwirtschaft geblieben. Die starke Aufstellung von verschiedenen Viehgattungen zeigt die Wichtigkeit des Viehhandels für Verkauf und Kauf, da die Preise sich hier nach Angebot und Nachfrage regeln. Der Pferdemarkt, der mit dem Viehmarkt verbunden war, wurde im vorigen Jahr aufgegeben. Aus verschiedenen Gründen hat sich die Weiterführung dieses Marktes nicht mehr gelohnt. Daß aber auch der Pferdemarkt von größerer Bedeutung war, beweisen die Markterlöse in früherer Zeit. Verkauft wurden z. B. am 16. Februar 1796: 188 Pferde (um 24 151 Gulden = 41 055 M.), 209 Paar Ochsen (um 65 372 Gulden = 111 132 M.), 30 einzelne Ochsen und Stiere (um 1801 Gulden = 3062 M.), 94 Kühe (um 5290 Gulden = 8993 M.), 26 Kälber (um 805 Gulden = 1368 M.) mit einem Gesamtumsatz von 97 419 Gulden = 161 612 M.; im Jahr 1806 am 25. Februar 140 Pferde (um 9429 Gulden), 291 Paar Ochsen (um 40 501 Gulden), 63 Kühe (um 2151 Gulden), 23 Rinder (um 493 Gulden); am 13. Mai 101 Pferde (um 6652 Gulden), 230 Paar Ochsen (um 35 410 Gulden), 155 Kühe (um 5911 Gulden), 62 Rinder (um 1716 Gulden); am 9. Dezember 55 Pferde (um 3420 Gulden), 97 Paar Ochsen (um 13236 Gulden), 99 Kühe (um 3276 Gulden), 62 Rinder (um 1510 Gulden); am 17. Mai 1814:

51 Pferde (um 7758 Gulden), 291 Ochsen (um 28 570 Gulden), 131 Kühe (um 5293 Gulden), 62 Rinder (um 1686 Gulden), zwei Kälber (um 9 Gulden = 15 M.); im Verlauf des Jahres 1884: 571 Pferde, 5461 Stück Rindvieh; des Jahres 1885: 465 Pferde und 5251 Stück Rindvieh. Im Jahr 1929 waren auf 11 Märkten insgesamt aufgetrieben: 1888 Stück Rindvieh, 447 Läufer und 4199 Stück Milchschweine. Der Vorkriegsstand ist noch lange nicht erreicht.

Der vor alters auf dem Brühl bei der Marienkappe abgehaltene allgemeine Markt, welcher wohl schon stark besucht wurde, wurde nach der Mitte des 15. Jahrhunderts in die Stadt verlegt, als die letztere „zu Ruß und Frommen dem gemeinen Mann, der die Märkte zu besuchen pflegt, und daß die Jahr- und Wochenmärkte nicht ab-, sondern zunehmen“, auf eigene Kosten ein neues Rathaus und Kaufhaus baute. Der Viehmarkt wird wohl auf dem Brühl, sofern er damals schon eingerichtet war geblieben sein. Wann der Schweinemarkt in der Salzgasse seine Aufstellung fand, ist nicht bekannt. Die Verlegung des Schweinemarktes auf den Brühl wurde schon öfters gefordert, scheiterte aber hauptsächlich an dem Widerstand der Geschäftsleute im Stadttinnern.

Ums Jahr 1802 fanden hier 4 Märkte statt: am Dienstag nach Invoavit, Samstag vor der Kreuzwoche, an Kreuzerhöhung, an Nikolaus. Letzterer ist heute noch ein sehr guter Markttag. In späteren Zeiten hatte die Stadt das Recht, 5 Flach-, Vieh- und Krämermärkte zu halten, wozu jeden Samstag ein Viktualien- und Fruchtmarkt, sowie seit 1872—84 noch 4 weitere (seit 2) Viehmärkte und seit 1807 jeden Mittwoch ein weiterer Viktualienmarkt kamen. Der Flachmarkt, der am Kirchberge stattfand ist eingegangen.

Magold, 31. Jan. Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse hat nach vorsichtiger Abwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse und vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung des Ausschusses beschlossen, mit Wirkung vom 1. Februar an den Beitragsfuß in der Krankenversicherung von 6,5 auf 6,25 Prozent des Grundlohns herabzusetzen. Dieser Beschluß hat zur Folge, daß die Beitragsentnahmen um etwa 15 000 RM. im Jahr zurückgehen.

Herrensberg, 31. Jan. Der Preis für den Liter Milch freies Haus wird mit sofortiger Wirkung von 23 auf 22 Pfennig gesenkt. — Der Preis ab Stall wird ebenfalls um 1 Pfennig gesenkt.

SEB. Stuttgart, 31. Jan. Mit Beginn des neuen Jahres sind von der Reichsbahn bekanntlich die neuen Reg- und Bezirkskarten eingeführt worden. Man kann nach drei Wochen Benutzung schon sagen, daß die Reichsbahn mit der Einführung keinen schlechten Griff getan hat. Der Referent der Reichsbahndirektion Stuttgart für das Fahrkartensystem ist von dem Verkauf der Karten in Württemberg befriedigt. Es wurden im Bezirk der Direktion Stuttgart bis zum

20. Januar ds. Js. 535 Reg- und Bezirkskarten verkauft. SEB. Stuttgart, 31. Jan. Die württ. Anträge zum Schutz des gewerblichen Mittelstandes, die besonders auf eine Erleichterung des Vordringens der Einheitspreisgeschäfte und Warenhäuser abzielen, sind vom Reichswirtschaftsministerium zum Gegenstand der Sachverständigenverhandlung vor dem Reichswirtschaftsrat gemacht worden.

## Turnen und Sport

### Turner-Gandhaff

EV. Weiler-Nems 1. — EV. Calw 1. 8:3.

### Fußball

Um die Süddeutsche Meisterschaft:

FC. Pforzheim — SpVgg. Fürtth 3:3

SV. Stuttgart — Karlsruher SV. 1:1

1860 München — Raßatt 4:0

FC. Nürnberg — Bayern München 1:0

Spiele im Bezirk

Calw — Puchensfeld 1:1

SV. Pforzheim — Sportklub 1:0

Dillweissenstein — Mühlader 3:1

Engberg — Eutingen 0:2

Ertingen — Riefen 1:3

SpVgg. Gellingen 1. — FC. Altburg 1. 2:4

SpVgg. Gellingen 2. — FC. Altburg 2. 1:2

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

VE. Stuttgarter Obst- und Gemüse-großmarkt vom 30. Januar

Kaiseläpfel 5—15; Walnüsse 25—30; Kartoffeln 4—5; Endivienalat 5—10; Wirsing (Rohkraut) 7—8; Silberkraut 5—6; Weißkraut rund 5—6; Rotkraut 6—8; Rosenkohl 10—20; dto. 1 Pfd. 18—22; Grünkohl 10; rote Rüben 7—8; gelbe Rüben 6—7; Karotten runde 20—25; Zwiebel 11—13; Rettiche 1 Stk. 5—8; Monatsrettiche 1 Bund 12—15; Sellerie 6—20; Schwarzwurzeln 25—30; Spinat 14—20; Kohlraben (Kopf-) 1 Stk. 3—6 Rpf.

### Calwer Wochenmarkt

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt. Blaunkraut 12, Weißkraut 10, Wirsing 15, Zwiebel 15, Spinat 20, Schwarzwurzel 25, gelbe Rüben 10, rote Rüben 15, Winterkohl 25 Rpf. das Pfund; Blumenkohl 50—70, Rosenkohl 85, Sellerie 10—15, Lauch 5, Endivien 5—10 Rpf. das Stück. Frische Landeier 9 bis 11, Kisteneier 10 Stück 85 Rpf. Süßbutter (Molkereibutter) 1,40, Landbutter (sauer) 1,20—1,30 RM. je das Pfund. Äpfel 7—10 Rpf. das Pfund.

## Amtl. Bekanntmachungen

Stadtgemeinde Calw.

**Sie schädigen die Stadtkasse und verursachen die Erhöhung der städt. Steuern, wenn Sie nicht bis spätestens 15. Februar 1932 die Lohnsteuerkarten und Steuermarkenblätter vom Jahre 1931 an das Finanzamt Hirsau abliefern.**

Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden wiederholt aufgefordert, die Ablieferung an das Finanzamt zu bewerkstelligen. Die Folge der Nichtablieferung ist, daß die Stadtgemeinde der Ueberweisung von Reichsteuern, welche ausschließlich nach Maßgabe der gesammelten Unterlagen (zu denen auch die Steuerkarten und Einlagebogen gehören) erfolgt, verlustig geht und schließlich den Fehlbetrag durch Erhöhung der städtischen Steuern decken muß.

Calw, den 31. Januar 1932.

Bürgermeisteramt: Gö h n e r.

**Die wannerweierstätte**  
liefert auf die Bühne  
**schön gespalt., trockenes Brennholz**  
zu 2,00 Mk. für 1 Zentner

**und Anzündholz in Bündeln**  
zu 25 Pfg. für 1 Bund

Bestellungen  
nimmt entgegen  
**Ahorantankhaus** Fern-  
100

## Lungenverschleimung

hartnäckiger Husten, Luftröhrenkatarrh, Keuchhusten, Bronchialkatarrh, Asthma usw. behebt und lindert selbst in veralteten Fällen der schleimlösende

**Deilheim's Brust- und Lungentee**

Preis Mk. 1.15. Zu haben in allen Apotheken, bestimmt Alte Apotheke Calw, Apotheke in Liebenzell.



## Bettstellen

für  
**Erwachsene und Kinder**

empfeht  
**Carl Herzog, Eisenhandlung, Lederstraße.**



## Öffentliche Versteigerung.

Das Anwesen in Gellingen Gebäude Nr. 306 und 303 a, Wohnhaus und große Scheuer im Neßgehalt von 5 a 58 qm kommt auf dem Rathaus in Gellingen am

**Mittwoch, den 10. Februar 1932,**

**nachmittags 3 1/2 Uhr,** zur öffentlichen Versteigerung.

Das Anwesen befindet sich in sehr gutem Zustand, enthält 5 Zimmer mit Linoleum belegt und ein Mädchenzimmer, große Bühne, Keller und Walschuhde.

Die Scheuer kann auch als Magazin oder für einen Gewerbebetrieb verwendet werden.

Das Anwesen kann isoliert bezogen werden und ist im Jahre 1931 mit RM. 15 000.— amtlich geschätzt worden.

Ferner kommt ein kleineres, bei der Scheuer befindliches Gebäude, enthaltend 3 Zimmer und Küche, amtlich geschätzt im Jahre 1931 mit RM. 3000.— zur Versteigerung, evtl. kann die große Scheuer zusammen mit diesem Gebäude gekauft werden.

Die Zahlungsbedingungen können günstig vereinbart werden.

Auskunft erteilt **Senffabrik Ehningen bei Wödingen**, von wo aus evtl. Interessenten jederzeit im Auto nach Gellingen kostenlos zur Besichtigung befördert werden, und **Paul Weiß, Landwirt** in Gellingen.

Ein Transport schöner junger

## Pferde

leichten und schweren  
**Schlags ist eingetroffen.**  
Kauf- u. Tauschliebhaber  
sind eingeladen. Tausch auch gegen Vieh.



**Karl Heim, Gellingen** Telefon 6

Heute Montag, den  
1. Februar 1932,  
1/25 und 8 Uhr abends  
aus der Arbeit des Vereins  
der Freundinnen  
junger Mädchen und der  
Bahnhofsmission

## Lichtbilder- Vortrag

von **Fräulein Sailer** im  
ev. Vereinshaus. Jedermann ist freudl. eingeladen.

## Zur

## Aufklärung!

Die Molkereigenossenschaft Gellingen hat mit dem im Calwer Tagblatt bekanntgegebenen Milchpreis frei Haus Calw nichts zu tun. Der Preis für die in der Molkerei abgegebene Frischmilch beträgt wie jeither **16 Pfennig p. Liter.**

**Molkereigenossenschaft Gellingen.**

**Celluloid  
Fürschoner  
Carl Herzog**

**Brennessel- und  
Birkenhaarwasser**  
für Haare und Haarboden  
Flasche Mk. 1.50 bei  
**K. Otto Vinçon, Calw**

Das  
**Calwer  
Tagblatt**  
darf als Heimatblatt  
in keiner Familie  
fehlen.

Wildbad, den 29. Januar 1932.



Meine liebe Schwester und Schwiegermutter, unsere gute Tante und Großtante

## Frau Luise Luz

geb. Kempf

ist am 28. Januar im 76. Jahre nach kurzer Krankheit sanft eingeschlafen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Chr. Kempf, Hotel Concordia**

Die Beerdigung findet am  
Montag, den 1. Februar, in der Stille statt.

Es wird  
immer gekauft!

Nur — es wird zögernd gekauft. Um so nachhaltiger muß die Werbung aufgezogen werden, je schwerer sich die Käufer entschließen. Die Werbung soll Geld in Umlauf bringen; wer durch aktive Werbung zur Belebung der Wirtschaft beiträgt, nutzt sich selbst und allen. Die Anzeige im „Calwer Tagblatt“ ist die beste Helferin.

**Kaufe nie noch ein billiges, sondern ein gutes Produkt!**